



Rechtsausschuss

13. Sitzung (öffentlich)

22. März 2023

Münster – Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen

13:35 Uhr bis 15:18 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Steffen Exner, Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Tagesordnungspunkt 3 (siehe Einladung 18/275) – Stichwort:
„Organstreitverfahren“ – wird am Ende der Sitzung behandelt.

Tagesordnungspunkt 4 – Thema: „Opferrechte stärken“ – sowie
Tagesordnungspunkt 9 – Thema „Kosten für die Einrichtung
des elektronischen Rechtsverkehrs“ – (siehe Einladung 18/275)
werden auf die nächste Ausschusssitzung verschoben.

1 Gespräch mit der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen 6

– Bericht der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW

2 Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen 15

– Bericht des Vizepräsidenten des Oberverwaltungsgerichts NRW

3 Opferrechte stärken: Koordinierung schaffen und Aufarbeitung von Missbrauchstaten unabhängig und ohne Einflussnahme ermöglichen! 19

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1691

Ausschussprotokoll 18/176 (*gemeinsame Anhörung am 2. März 2023*)

– wird nicht behandelt

4 Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes und weiterer Gesetze 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3065

Stellungnahme 18/412

Stellungnahme 18/434

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

5 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und weiterer Vorschriften 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3391

– abschließende Beratung und Abstimmung

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

- 6** **Löschung von Daten als Ergebnis staatsanwaltlicher Ermittlungen unter Betrachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1]*) **22**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1027
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der FDP überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.
- 7** **Einsatz von ChatGPT im Justizbereich** (*Bericht beantragt von der Fraktion der FDP [s. Anlage 1]*) **23**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1022
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion der FDP überein, eine Sachverständigenanhörung durchzuführen.
- 8** **Kosten für die Einrichtung des elektronischen Rechtsverkehr bei den Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern** **26**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1023
- wird nicht behandelt
- 9** **Wie kann verhindert werden, dass Rechtsextremisten das Schöffengericht kapern?** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **27**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1024
- Wortbeiträge

10 Einschüchterung von Zeuginnen und Zeugen durch kriminelle Clanmitglieder *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s Anlage 2])* **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1028

– keine Wortbeiträge

11 Durchsuchungen bei einem großen Wohnungskonzern wegen des Verdachts der Korruption bei der Auftragsvergabe an Bau- und Handwerksfirmen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **31**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1025

– keine Wortbeiträge

12 Organstreitverfahren des Landtagsabgeordneten B. gegen die Fraktion der AfD im Landtag von Nordrhein-Westfalen mit dem Antrag festzustellen, dass der Antragsteller Mitglied der Fraktion der AfD im Landtag von Nordrhein-Westfalen ist **32**

VerfGH 25/23
Vertrauliche Vorlage 18/65

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen aller Fraktionen,
dass der Landtag dem Verfahren nicht beitrifft.

13 Verschiedenes **33**

a) Terminplanung **33**

b) Schlussworte **33**

5 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3391

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung an den Innenausschuss – federführend – sowie
an den Rechtsausschuss am 8. März 2023)*

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen
der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

